

Protokoll des Regionaltreffens ATTAC Mainz vom 27.03.03

1. Gespräch mit Michael Hartmann, SPD-Bundestagsabgeordneter

- Übereinstimmung mit ATTAC
- Ist für eine Tobinsteuer, wie viele SPD Politiker, steht allerdings noch nicht auf der Liste der Parlamentarier, die einen Tobinsteuer befürworten, außerdem allgemein gesehen für eine Regulierung des Welthandels. Er ist auch dafür, dass die allgemeine Daseinsvorsorge in der öffentlichen Hand bleibt. Diese Stellung ist aber innerhalb der SPD umstritten, manche Politiker dieser Partei sind z.B. dafür, dass die Wasserversorgung privatisiert werde. Dies sei die einzige Art und Weise, Länder der Dritten Welt schnell und effizient mit genügend Wasser zu versorgen.
- Er bemängelt das Defizit an Demokratie der EU-Behörde, die sich nach seiner Ansicht verselbstständigt habe und außer Reichweite der Kontrolle der von den Völkern gewählten nationalen Parlamenten sei. Die dortigen Entscheidungen seien darüber hinaus von der Lobbyarbeit mächtiger Wirtschaftsverbände stark beeinflusst. Er wünscht sich mehr Demokratie und Transparenz, gerade wenn solche Verträge wie der GATS verhandelt werden.
- Er ist prinzipiell nicht gegen Deregulierung und nicht gegen ein generelles Ablehnen des GATS-Abkommens.
- Er nimmt Stellung zu den neuesten Aspekten der Politik der SPD-/Grünen-Regierung. Er verteidigt die Sozialpolitik der Regierung, wie sie Schröder in seiner Regierungserklärung angekündigt hat, mit radikalen Einschnitten in den sozialen Ausgaben (Kürzungen des Arbeitslosengeldes z.B.). Dies sei gerecht, wenn dafür, wovon er überzeugt ist, Arbeitslose wieder ins Berufsleben einsteigen können und um das Gesamtsystem zu erhalten.
- Die Finanzmisere der Kommunen wurde ebenfalls besprochen, ein auch hausgemachtes Problem, da dessen Ursache in den Steuerentlastungen der Unternehmen, die in den Gemeinden angesiedelt sind, liegt. Dies könnte auch eine geistige Vorbereitung sein auf eine weitgehende Privatisierung der Dienstleistungen, die unter Regie der Gemeinden stehen (Wasserwerke, öffentlicher Nahverkehr). Diese Sorge teilt er mit, bemängelt aber den Widerwillen der Kommunen, zusammenzuarbeiten und gemeinsame Dienstleistungen zu organisieren. Er beschwert sich auch über die wirksame Lobbyarbeit der Unternehmen und deren Interessenverbände, um sich ihren finanziellen Pflichten zu entziehen.

Die Reaktion der ATTAC-Zuhörer:

- Eine besonders heftige Reaktion hat der Gedanke einer Privatisierung der Wasserversorgung ausgelöst, besonders wenn manche SPD-Politiker glauben, dies wäre eine Lösung, die für die Entwicklungsländer besonders geeignet wäre. Zahlreiche Beispiele belegen das Gegenteil, vor allen Dingen in Lateinamerika: Buenos Aires, wo die Wasserpreise nach der Privatisierung um 50% gestiegen sind und die Wasserqualität sich insgesamt verschlechtert hat, trotz medienwirksamer Verbesserungen in Ausnahmefällen. Dasselbe gilt für Uruguay und auch Großbritannien, wo Wasserengpässe gemeldet wurden. Im Allgemeinen ist man der Meinung, dass eine Deregulierung, wenn überhaupt, nur in Ausnahmefällen eine Verbesserung erbringen kann.
- Reaktionen hat auch die Politik der Bundesregierungen ausgelöst, vor allen Dingen die Wortmanipulation: Hinter dem Wort "Reform", dessen Bedeutung positiv ist, steckte in der Tat eine drastische Verschlechterung mit erheblichen Kürzungen der sozialen Leistungen, hinter dem Wort "Pragmatismus" eine absolute Konzeptlosigkeit.
- Es wurde auch bemängelt, dass die Steuerlast sich immer auf die Lohnabhängigen verlagere.
- Dagegen ist die Position der Bundesregierung über den Irak-Krieg auf keine nennenswerte Kritik gestoßen, bis auf einige gemeldete Vorbehalte, betreffend die Fluggenehmigung für US-Streitkräfte in ihrem Einsatz gegen den Irak.

Es wurde vereinbart, auch künftig in Kontakt zu bleiben. Außerdem wird der Austausch verschiedener Unterlagen vereinbart (Erklärung der MdBs zur Tobin-Steuer, Erklärung der Kommunen / Materialien der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema GATS).

2. Genehmigung des Protokolls der Plenumsitzung am 27.02.03

Der Protokoll wird unverändert in der vorliegenden Form genehmigt.

3. Ostermarsch

Der Aufruf der Mainzer Friedensinitiative wurde nicht unterschrieben, da nicht konsensfähig. Dolly Velbinger organisiert ihre Chansonvorstellung in Zusammenarbeit mit der Friedensinitiative. Die Organisation dieser Vorstellung liegt somit nicht mehr in Verantwortung von ATTAC Mainz.

4. Referat von Hannah Kulesa

Wird aus Termingründen bis auf weiteres verschoben.

5. ATTAC-Forum am 06.05.03 mit Harald Klimenta

Das Forum wird eventuell mit der Gewerkschaft ver.di zusammen organisiert. Es gibt noch keine genaue Ortsbestimmung für die Veranstaltung - evtl. das Haus am Dom am Leichhof.

6. Montagsdemonstration

Jeden Montag findet im Mainz eine Demonstration gegen den Irakkrieg statt. Der Demonstrationzug startet von der Johannis-Kirche jeweils um 18.00 Uhr und geht bis zur Christuskirche.

Ansonsten gibt es weitere Veranstaltung gegen den Irak-Krieg:

- am 01.04.03, 19:00 Uhr - DGB-Diskussion im DGB-Haus
- am 29.03.03 Autokorso in Kelsterbach (Blockade der Air-Base)

7. ATTAC-Stammtisch

Findet zum ersten Mal am 09.04.03, ab 20:00 Uhr, im "Krokodil" statt.

8. Verschiedenes

Openohr-Festival: Die Teilnahme von ATTAC Mainz ist gesichert, sowie die Teilnahme an der Agenda 21 am 27.08.03 ("Agenda Tag"). Zur Unterstützung des Pressesprechers wird eine zweite Person benötigt. Da niemand von der Hochschulgruppe anwesend war, wäre es wünschenswert, zu einer besseren Koordinierung, dass ein Mitglied des Koordinationskreises an den Treffen der Hochschulgruppen teilnimmt.

Es besteht die Möglichkeit, sich ein Filmbericht über die Demonstrationen in Genua anlässlich des G8-Treffens anzusehen ("Gipfelstürmer"). Ob dieser Film während eines Plenums gesehen werden soll, oder ob ein gesonderter Termin festgelegt werden soll, ist noch zu klären.

Da ATTAC (-Mainz) in Moment finanzielle Engpässe hat - die GATS-Kampagne war sehr kostenintensiv - wird noch einmal an die Großzügigkeit der Mitglieder appelliert und alle Interessierten, Aktiven etc. zum möglichst schnellen Beitritt aufgerufen. Die Höhe des Mitgliedsbeitrags kann jeder weitgehend selbst bestimmen.

(Claude Berny, 03.04.03)